

ORGAN: Hauptausschuss 3

THEMA: STÄRKUNG DER MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

DIE GENERALVERSAMMLUNG,

in Erinnerung an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unter besonderer Beachtung des Artikels 19 und der dazugehörigen Meinungs- und Pressefreiheit, sowie dem Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen,

bekräftigend, dass die Meinungsfreiheit in allen Staaten dieser Welt gewahrt werden muss,

bedauernd, dass eine große Anzahl von Journalisten in ihrer Freiheit eingeschränkt, ihrem Leben bedroht, sowie häufig Opfer von hinterhältigen Anschlägen werden,

feststellend, dass der Zugang zu Massenmedien in vielen Staaten für eine Großzahl von Bürgern noch immer nicht ausreichend ermöglicht wird,

bestürzt, dass weltweit betrachtet in vielen Staaten eine oftmals unwahre Betrachtung der politischen Situation durch die Verstrickung von Medien oder einzelner Personen in staatsfeindliche oder kriminelle Organisationen oder Unternehmen gefördert wird,

tief besorgt, dass Personen der Presse zunehmend wirtschaftlich abhängig werden,

betonend, dass die wahre Berichterstattung ebenfalls ein Recht einer jeden Bevölkerung sein muss und das nationale Gleichgewicht eines Staates unbedingt durch die regierende Führung gewahrt werden muss;

weiterhin *bestürzt*, dass eine zu aggressive Berichterstattung oft zu einer Verstärkung von Spannungen und Verhärtung der Fronten in Konfliktzonen und einer weiteren Ausbreitung von Gewalt führt, wenn zum Beispiel religiöse oder ethnische Gruppen sich angegriffen fühlen,

1. *bestärkt* die Staatengemeinschaft darin, Meinungs- und Pressefreiheit durch verfassungsrechtliche und strukturelle Veränderungen zu wahren und zu fördern, wie beispielsweise durch die Aufnahme der Meinungsfreiheit in die jeweilige Verfassung und die Einrichtung eines unabhängiges Gericht für die Einhaltung der Grundrechte innerhalb eines Staates;

2. *unterstützt*, dass Staaten die Hilfe von Nichtregierungsorganisationen und deren Ratschläge annehmen sollten, um die Meinungsfreiheit noch stärker zu etablieren;

3. *fordert* alle Staaten dazu auf, das Leben und Wohlergehen aller Journalisten neben dem jedes Bürgers zu schützen;
4. *befürwortet* den Zugang für alle Bevölkerungsteile zu Medien und internationalen Medien zu fördern und den Ausbau des Internets durch internationale Kooperationen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu stärken, um allen Bürgern eines Staates den Zugang zu Medien auf der gesamten Welt zu gewähren;
5. *fordert* alle Staaten dazu *auf*, Medien in regionalen Sprachen sowohl finanziell als auch infrastrukturell zu unterstützen;
6. *festlegend*, dass alle Staaten das Recht gewährt wird, nationale Interessen, wie den innerstaatlichen und internationalen Frieden sowie seine Souveränität, zu wahren;
7. *empfiehlt* daher unter genannten Gesichtspunkten jedem Mitgliedsstaat der UN ein transparentes Gremium, das sich aus staatlichen Mitarbeitern und Vertretern der freien Presse paritätisch zusammensetzt, einzuführen, welche folgende Kompetenzen zugewiesen bekommt:
- (a) die Pressefreiheit auszubauen, Zensur zu verhindern und vor allem regierungskritische Berichterstattung, die nicht die Souveränität eines Staates gefährdet, und Aufklärung der Verbrechen vergangener Regierungen zu fördern in Zusammenarbeit mit der UN;
 - (b) alle Medieneinrichtungen und dazugehörige Apparate werden transparent organisiert, um die Vernetzung zwischen Presse- und Staatsvertretern zu verbessern. Dabei ist die Vereinheitlichung von Medien untersagt;
 - (c) das Gremium erhält Kontrollrechte über die Medien, damit dieser ihrer Informationspflicht nachkommen, die nationale oder internationale Sicherheit nicht zu gefährden und die Bevölkerung nicht zu Pornographie, Terrorismus oder Drogenkonsum verleiten;
 - (d) ferner obliegt es dem Gremium bestimmte Publikationen vorläufig zurückzuhalten, wenn die unter Punkt c genannte Informationspflicht oder internationale und nationale Sicherheit nicht eingehalten beziehungsweise gefährdet wird. Der Zugriff auf unveröffentlichte Berichte ist allerdings nur möglich, wenn bereits im Vorfeld durch diese Person oder Einrichtung ein verfassungswidriger Beitrag verfasst wurde;
 - (e) darüber hinaus ist das Gremium dazu legitimiert, Vorschläge für Gesetze, Erlässe und Vorschriften, die die Presse betreffen, in das Parlament einzubringen;
 - (f) im Falle eines Ausnahmezustandes in einem Staat, der entweder vom Parlament oder von der UN ausgerufen werden muss, ist es der Regierung gestattet, dem Gremium weitere Kompetenzen in Bezug auf Publizierungen der Massenmedien für einen angemessenen Zeitraum zu übertragen;
8. *beschließt* mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.